



Susanne Mittag
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Susanne Mittag: CDU/CSU müssen Blockade beenden

Berlin, 04.11.2020

Bezug:

Anlagen:

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 5.133

Telefon: +49 30 227-78171

Fax: +49 30 227-70173

susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Straße 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4421 -152 1212

Fax: +49 4221 -152 1222

susanne.mittag@bundestag.de

Anlässlich einer aktuellen Antwort der Bundesregierung zur Arbeitssituation in der Fleischwirtschaft, äußert sich die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Susanne Mittag:

„Sieben von zehn Beschäftigten in der Fleischbranche werden über Werk- und Leiharbeitsverträge angestellt, wie Zahlen der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe ergaben. Das belegt einmal mehr, dass es hier nicht darum geht, Arbeitsspitzen abzufedern, sondern dass Menschen systematisch ausgebeutet werden. Mit dem von Hubertus Heil vorgelegten Arbeitsschutzkontrollgesetz wollen wir das in der Fleischindustrie gängige Prinzip beenden. Eine Verzögerung und Abschwächung des Gesetzentwurfes, wie von CDU/CSU vorangetrieben, wird die SPD nicht mitmachen. Die derzeitigen Arbeitsverhältnisse, die trotz aller Beteuerungen der Schlacht- und Verarbeitungsindustrie selbst Verbesserungen umzusetzen, nicht akzeptabel sind, beweisen, dass wir das Gesetz dringend brauchen. Wir können nicht länger warten.“

Der Handlungsbedarf in der Fleischbranche wird auch angesichts der Afrikanischen Schweinepest und der sich in unseren Nachbarländern ausbreitenden Geflügelpest noch größer. Der Rückstau in der Fleischverarbeitung liegt nicht nur an den Corona-Fällen in der Schlachtindustrie, sondern auch an wegbrechenden Absatzmärkten aufgrund der Tierseuchen. In der Nutztierhaltung muss die Produktion daher besser angepasst werden. Das geht im Geflügelbereich schneller als in der Schweineproduktion. Allerdings läuft der Ferkelimport noch immer weiter. Hier ist Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner gefragt, mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern. Da reichen offene Briefe mit der Forderung nach Sonntagsarbeit nicht aus, hier gilt es in ihrer eigenen Zuständigkeit Strukturprobleme zu regeln“